

## Information über die Sitzung des Stadtvorstandes am 29.06.2020

Am 29.06.2020 traf sich der Stadtvorstand zum ersten Mal nach Beginn der Corona-Beschränkungen wieder in einer Präsenzsitzung. Auch diesmal konnten wir nicht den Konferenzraum des Landesvorstandes nutzen, da dieser nur für 7 Teilnehmer\*innen von der Landesgeschäftsstelle zugelassen wurde. Darum nutzten wir den Konferenzraum der RLS. Immerhin konnten so 3 Gäste an der Sitzung teilnehmen.

Als erstes berieten wir (nach der Aufgabenkontrolle und Beschlussfassung des Protokolls) über die Einberufung des Stadtparteitages. Wie ihr wisst musste er vom 28.3 auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Am 26.09. 2020 wird er von 10.00 bis 14.00 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfinden. Er ist notwendig, damit wir satzungsgerecht unsere Delegierten zum Bundesparteitag bestimmen. Im Anschluss daran, auch das wurde beschlossen, wird es eine Gesamtmitgliederversammlung von 14.30 bis ca. 16.30 Uhr zur Nominierung der vier Direktkandidat\*innen für die Magdeburger Landtagswahlkreise geben. Die Einberufungsbeschlüsse werden in der Ausgabe von Links und Aktuell vom 17.7.2020 sowie auf der Internetseite des Stadtverbandes veröffentlicht.

Im November – genauer Termin folgt – benötigen wir noch eine Gesamtmitgliederversammlung zur Wahl der Vertreter\*innen für die Vertreter\*innerversammlung zur Aufstellung der Landesliste zu den Bundestagswahlen und im kommenden Jahr noch einmal eine Mitgliederversammlung zusammen mit Schönebeck zur Nominierung der Bundestagskandidatur für den Direktwahlkreis. Diese muss vor der Aufstellung der Landesliste zu den Bundestagswahlen liegen, für die auch noch Vertreter\*innen gewählt werden müssen. Diesen Termin kennen wir jedoch noch nicht.

In diesem Zusammenhang wurde auch ein Rückwärtskalender bis zu den Wahlen 2021/22 beraten, der weiter fortgeschrieben wird.

Für den Stadtparteitag soll es einen Antrag des Stadtverbandes für die weitere Arbeit des Stadtverbandes in Auswertung der Corona-Pandemie geben. Mit den Antragstellern zum ausgefallenen Stadtparteitag am 28.3.2020 wird gesprochen, weil ihre Anträge so keinen Bestand mehr haben können und ggf. neu eingereicht werden müssen. Der Antragsschluss ist der in der Geschäftsordnung, die auf der ersten Tagung bereits beschlossen worden ist.

Weiterhin hat sich der Stadtverband über die personelle Zusammensetzung des Wahlbüros verständigt. Es soll – wie auch schon mit den Ortsverbänden besprochen – in enger Zusammenarbeit mit dem Stadtvorstand von den drei Sprecher\*innen geleitet werden. Die Ortsverbände sollen – wie gewünscht - mit je einem Vertreter Mitglied im Wahlbüro sein. Bis auf einen OV liegen aber noch keine Namen vor.

In Vorbereitung auf die Wahlen gab es in den vergangenen Wochen Gespräche mit den Ortsverbänden über die Möglichkeiten ihrer Arbeit, auch beim Verteilen von Flyern (der Stadtvorstand hat ein solches Angebot gemacht, das aber sehr unterschiedlich angenommen wurde). Wir haben über die Arbeit des Wahlbüros gesprochen und über die uns bekannten Bewerbungen und Bereitschaften zu Kandidatur in vier Direktwahlkreisen.

In den vergangenen Wochen wurde auch darüber gesprochen, wie die Einbindung aller Mitglieder des Stadtverbandes besser organisiert werden kann. In den vergangenen Jahren ist ein Zustand

eingetreten, dass mehrere Genoss\*innen keine Anbindung mehr an eine BO oder OV haben. Teilweise sind alte Strukturen weggebrochen, neue (noch) nicht entstanden. Besonders problematisch ist die Situation im Süden Magdeburgs. Das wollen wir ändern und haben für den Süden Magdeburgs Gespräche mit den dort aktiven BO und Ortsverbänden geführt, die nun auch selbst schon aktiv werden.

In Vorbereitung dieser Bemühungen um die Restrukturierung des Stadtverbandes und die Auswertung Beitragszahlung der Mitglieder des Stadtverbandes haben wir die Mitglieder angeschrieben, die Beitragsrückstände haben. Damit stehen wir beim Landesvorstand regelmäßig heftig in der Kritik. Auch wir wissen: Schon oft in der Vergangenheit kamen Briefe und Einladungen als „unzustellbar“ zurück. So sehr wir uns über jedes Mitglied und jeden Neueintritt freuen, benötigen wir auch die Beitragszahlungen für unsere Arbeit (in begründeten Ausnahmen kann sie auf begrenzte Zeit auch erlassen werden). Dazu müssen Mitglieder auch erreichbar sein und Beiträge zahlen oder abbuchen lassen. Wir zahlen derzeit 11 € pro Mitglied an den Landesverband, damit auch diese Arbeit finanziert werden kann. Das heißt, wir zahlen seit langem für eine beträchtliche Zahl von Mitgliedern, die keinen Beitrag entrichten.

Einige der Angeschriebenen haben bereits reagiert, die meisten aber nicht.

Wir haben gemäß unserer Satzung unterschieden:

- a) Mitglieder, die seit ihrem Eintritt noch nie Beitrag gezahlt haben,
- b) Mitglieder, die deutlich mehr als 6 Monate Beitragsrückstand aufweisen.

Es gilt jeweils der Stand vom 31.12.2019.

Die Satzung, die wir nun durchsetzen, ist sehr eindeutig:

1. Laut Landessatzung §2, Absatz 2, wird die Mitgliedschaft bei Neueintritten sechs Wochen nach Eintrittsdatum gültig, wenn es keinen Einspruch gibt und die Beitragspflicht erfüllt ist. Wer also noch nie einen Beitrag gezahlt hat, dessen Mitgliedschaft ist nie gültig geworden. Dennoch betrifft das mehrere Menschen, die – teilweise seit Jahren – in unserer Mitgliederdatei geführt werden. Das haben wir auf der Sitzung am 26.9. korrigiert.

2. Laut Landessatzung §3, Absatz 3, gilt die Nichtzahlung von Beiträgen über einen Zeitraum von sechs Monaten als Austritt. In diesem Fall sind wir gehalten, die Mitglieder anzuschreiben und ihnen ein Gespräch anzubieten. Gibt es nach einem Zeitraum von sechs Wochen keine Reaktion, so wird der Austritt durch den Stadtvorstand festgestellt. Auch das werden wir (nach der Frist von 6 Wochen) in der nächsten Sitzung entsprechend der Antworten vornehmen. Auch hier gilt das Jahresende 2019. Eine Streichung oder ein Austritt ist kein Ausschluss und ein Wiedereintritt jederzeit möglich.

Wir werden uns künftig bemühen, auf dem Laufenden zu bleiben und zeitnah zu reagieren.

Eine intensive und kritische Auseinandersetzung gab es mit dem Agieren des Landesvorstandes in Vorbereitung der Landtagswahl. Versprechungen über vorbereitendes Material im Ergebnis der Klausur von Vorstand und Fraktion, das die Einbeziehung der Basis in die Diskussion ermöglicht, sind bislang unerfüllt geblieben. Nun soll es am 11. Juli ein Treffen des Landesvorstandes mit dem Landesausschuss und den Kreisvorsitzenden geben. Am Ende dieses Tages will der Landesvorstand (laut Einladung) Beschlüsse fassen, die am Vormittag beraten werden sollen. Wir werden an dieser Veranstaltung teilnehmen und unsere Auffassung darlegen. Wir werden uns auch in die Diskussion der Wahlstrategie einbringen, für die es nun einen (internen) Entwurf gibt.

Im Weiteren verständigten wir uns über anstehende Aktionen und Vorhaben. So über unsere Teilnahme an der Lastenradparade am 8. Juli (in diesem Zusammenhang haben wir auch beraten, wie wir die Räder wieder fahrbereit und verfügbar machen), die Beteiligung am CSD mit einer eigenen Veranstaltung, und die erste stadtweite Ausgabe von „Links und Aktuell“, die im August erscheinen soll. Schließlich verständigten wir uns über die Unterstützung des Sommerfestes der Landtagsfraktion am 15.9. am Moritzplatz und im Moritzhof durch Werbung und personelle Unterstützung. In diesem Zusammenhang informierten wir über die Unterstützung des Bündnisses „Moritz hilft“. Stephan und Nicole haben am Donnerstag eine Spende abgegeben, Tobias und ich am Freitag Malzeug.

Schließlich haben wir uns noch über den Stand der Finanzen des Stadtverbandes verständigt, was ab jetzt regelmäßig auf der Tagesordnung steht.

i.A. des Stadtvorstandes

R. Hein